

Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes

Nr. 44 / 41. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.
Zugabepreis
pro Vierteljahr 30 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Bräudenstraße 10b
Fernsprecher: Wortklopp 2120

Bestellung
bei allen Postämtern.
Mitglieder kostenlos

Berlin, 4. November 1927

Lohnpolitik der Gewerkschaften und die Wirtschaft.

Wer die Berichte der deutschen Industrie über die Geschäftslage und über die Aussichten für die Zukunft aufmerksam verfolgt hat, dem muß auffallen, daß auch von industrieller Seite die voraussetzliche Entwicklung des Wirtschaftslebens keineswegs mehr so pessimistisch beurteilt wird, wie noch vor Jahresfrist. Die Zahl der Arbeitslosen ist sehr stark zurückgegangen. Die Export- und auch die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes haben sich gehoben. Das alles nicht noch in größerem Umfang der Fall ist, liegt an der unzureichenden Entlohnung weiser Kreise der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Der größte Teil des Verdienstes muß allein zur Befriedigung des Nahrungs- und Wohnungsbedarfes verwendet werden. Gerade hier hat in diesem Jahre eine starke Preisentwicklung nach oben stattgefunden. Die wichtigsten Lebensmittel, Kartoffeln, Milch, Brot und Fleisch, weisen eine Preissteigerung von mehr als 20 Proz. auf. Der Lebensmittelpreis erfuhr die Preissteigerung für die wichtigsten Lebensmittel. Die tatsächliche Preissteigerung für die wichtigsten Volksnahrungsmittel geht weit über die vom Statistischen Reichsamt festgesetzten Maßstab hinaus. Hinzu kommt die Erhöhung der Preise für die Weizen.

Der größte Teil des Verdienstes muß allein zur Befriedigung des Nahrungs- und Wohnungsbedarfes verwendet werden. Erst wenn diese Bedürfnisse befriedigt sind, kommt die Befriedigung weiterer Ansprüche, wie Kleidung, Vergnügung, des Hausrats usw., in Betracht. Sind diese Bedürfnisse befriedigt, so kann sich der Konsum der Arbeitnehmer auch nach anderen Richtungen bewegen.

Ausreichende Löhne haben die Wirkung, daß das Heer der Konsumenten die Möglichkeit hat, in steigendem Maße seinen Bedarf am heimischen Markt zu decken. Dadurch wird die Produktion angeregt, Arbeitslose werden in den Produktionsprozess eingegliedert, die wieder ihrerseits zur Verbesserung der Verbraucherfront beitragen.

Eine Erhöhung des Einkommens muß nicht nur die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen verbessern, sondern auch durch vergrößerten Umsatz in Form von höheren Einnahmen sehr bald in die Kassen der Produzenten zurückfließen.

Wenn der deutschen Wirtschaft der Auslandsmarkt nicht mehr in dem Umfang offensteht wie in der Vorkriegszeit, dann kann es nur der Innenmarkt sein, von dem der Anreiz für einen Aufstieg und für eine Befestigung der Konjunktur kommen kann. Das Gebot der Stunde heißt: Pflege und Verbreiterung der Konsumkraft der breiten Massen. Nur dadurch wird dem Volk immer mehr vervollkommneter Produktionsapparat die nötige Beschäftigung gegeben.

Wehr noch wie für die reine Bedarfsindustrie trifft das oben Gesagte auf die Luxusindustrien zu. Die Geschichte beweist, daß diejenigen Länder, deren Arbeiter höhere Löhne beziehen, die wohlhabenderen, moralischer und intellektuell höherstehenden und technisch vorgeschritteneren sind. Das alles trifft auch für die Berufe zu, die unserer Organi-

isation angeschlossen sind. Die Lederwarenindustrie und das Tapezierergewerbe sind zum großen Teil Luxusgewerbe. Von dem Bedarf der oberen Zehntausend können sie nicht ausreichende Beschäftigung erwarten. Nur große Massen gut entlohnter Arbeitnehmer können hier umlagelagernd wirken. Das steht auch ein Teil unserer Arbeiter ein. Nur wünschen sie diese Löhne den Arbeitern der anderen Berufe und Industrien. In den eigenen Betrieben wollen sie damit nicht gern vorgehen.

Außerdem wird wieder sehr stark mit der Besserung der realen Kaufkraft des Lohnes operiert. Nicht durch Lohnerhöhungen, sondern durch Preisermäßigungen soll die Konsumkraft der großen Masse gesteigert werden. Die deutsche Arbeiterschaft kennt die Melodie und hat sie im Jahre 1925 am eigenen Leibe ausprobiert. Sie hat lange Zeit auf Lohnerhöhungen verzichtet, weil man ihr den allgemeinen Preisabbau versprach. Leider trat diese versprochene Wirkung nicht ein. Die Preise stiegen lustig weiter und die Gewerkschaften mußten in schweren Kämpfen hinterherarbeiten, um den notwendigen Ausgleich zwischen Lohn- und Preishöhe zu erzielen. Dabei ist es durchaus nicht nötig, daß höhere Löhne auch Preisermäßigungen mit sich bringen. Es ist möglich, durch technische Fortschritte die Produktivität so zu heben, daß es trotz höherer Löhne gelingt, die alten Preise zu halten.

Auf der Beamtenschaft in Magdeburg hat der Reichsfinanzminister Dr. Köhler die Beförderung ausgesprochen, daß durch die Erhöhung der Beamtensgehälter sachlich nicht begründete Preisermäßigungen eintreten würden. Die Vertretungen des Einzelhandels taufen gegen diese Ausführungen Sturm und betonen mit großer Verne, daß sie ebenfalls auf dem Standpunkt stehen, daß die einen größeren Kreis der Verbraucher umfassende Veränderung des Einkommens keine andere Wirkung haben darf, als den Umsatz zu steigern.

Es ist volkswirtschaftlich nicht an der Tatsache zu rütteln, daß, gemessen an der gegenwärtigen Wirtschaftsstruktur, hohe Löhne gleich einem starken Motor die Wirtschaft vorwärts treiben. Indem sie den Gang derselben günstig beeinflussen und auch die Konsumenten, Arbeiter sowie die Techniker und die Unternehmer leistungsfähiger machen und helfen.

Daß dieses Ziel nur in langwierigen Kämpfen, zum Teil erst durch Streiks, erreicht werden kann, ist bedauerlich, wird jedoch die Kolleginnen und die Kollegen aufs neue darauf verweisen, daß sie sich weder durch Drohungen, noch durch Versprechungen mit Preisabbau von dem einmal als richtig erkannten Weg abbringen lassen.

Gewiß haben die Bewegungen dieses Jahres Fortschritte gebracht. Die Erfolge würden in den meisten Fällen größer sein, wenn die Teile der Kollegen, die heute noch der Organisation gleichgültig, ja feindselig gegenüberstehen, sich an dem Kampf ihrer organisierten Kollegen für die weitere Hebung der Lebenslage beteiligen würden.

gruppen gebildet, die das beim Reichswirtschaftsrat bereits vorliegende Material aus den früheren Zolltarifverhandlungen sowie etwaige neue Eingaben prüfen und darüber an den Zolltarifausschuß berichten sollen. Beratungen einzelner Berichterstattergruppen haben bereits stattgefunden. Weitere Sitzungen haben in der Zeit vom 13. bis 18. Oktober 1927 stattgefunden.

Der Zolltarifausschuß wird voraussichtlich im November wieder zusammentreten.

2. Von der Reichsregierung erbetene gutachtliche Stellungnahme zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gewerbeordnung und des Handlungsgesetzbuchs (Handwerkernovelle).

Dieser Entwurf der Handwerkernovelle wurde vom Reichswirtschaftsrat am 12. Juli 1927 dem Reichswirtschaftsrat zur Vorberatung überwiesen. Dieser hat bisher zwei Sitzungen abgehalten und wird voraussichtlich im November wieder zusammentreten.

3. Initiativantrag C. F. von Siemens, betreffend Behandlung der wichtigen Fragen unseres binnenländischen Verkehrs vom Standpunkte des volkswirtschaftlichen Interesses.

Zur weiteren Behandlung des Antrages hat der Reichswirtschaftsrat einen Arbeitsausschuß gebildet, der am 13. Oktober 1927 zu seiner ersten Sitzung zusammentrat. Dazu sind auch die Mitglieder des Reichswasserstraßenbeirats und des Reichseisenbahnrates eingeladen worden.

4. Initiativantrag Marcus, betreffend wirtschaftliche

Folgen des Entwurfs eines Gesetzes über den Schutz der Jugend bei Luftschiffen.

Dieser Antrag ist vom Reichswirtschaftspolitischen Ausschuss in seiner Sitzung am 26. Juli 1927 beraten und dazu beschlossen worden, die Reichsregierung zu ersuchen, vor Erlass der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über den Schutz der Jugend bei Luftschiffen einen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates zu bilden, sofern nicht etwa noch durch die Fassung des Gesetzes selbst schädlichen Eingriffen in das Wirtschaftsleben vorgebeugt werden kann.

Ein dreigliedriger Ausschuss wurde zu diesem Zwecke eingesetzt.

5. Initiativantrag Ballruch, betreffend zweimäßige Verteilung von Behördenaufträgen.

Nach diesem Antrag soll die Reichsregierung ersucht werden, mit den Verwaltungen der Reichsbahn und der Reichspost sowie mit allen sonstigen für größere Auftragserteilung an die Wirtschaft in Betracht kommenden Reichsstellen und mit den Regierungen der Länder und den Vertretungen der Kommunen in Verbindung zu treten, um die behördliche Auftragserteilung an die Wirtschaft, von größeren zentralen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus, planmäßiger zu gestalten.

Der Antrag wurde vom Reichswirtschaftspolitischen Ausschuss in seiner Sitzung am 26. Juli 1927 zur weiteren Behandlung einem Arbeitsausschuß überwiesen, der bisher eine Sitzung am 5. Oktober abgehalten hat und am 22., 23. und 24. November 1927 weiter tagen wird.

Dem Sozialpolitischen Ausschuss liegen zurzeit zur Begutachtung vor:

1. Der Entwurf eines Arbeitschutzgesetzes. Dieser Entwurf liegt nach dem Arbeitsausschuß vor, der bisher 47 Sitzungen abgehalten hat. Die Beratungen sind bis zum 3. Abschnitt, Arbeitszeit (allgemeine Vorschriften über die Arbeitszeit, §§ 9 bis 16) geblieben. Am 10. bis einschließlich 15. Oktober 1927 fand die zweite Lesung an der Hand der hierzu gefassten Beschlüsse statt. Anschließend soll ein Bericht über das Ergebnis dieser Beratungen dem Sozialpolitischen Ausschuss gegeben werden, damit dieser in die Lage versetzt wird, baldigst ein Teilgutachten über den vorgelegten Gesetzentwurf der Reichsregierung zu übermitteln.

2. Die vom Reichsarbeitsminister gestellte Frage, betreffend die Festsetzung von Lehrlingshöchstzahlen im Handelsgewerbe.

Der zur Behandlung dieser Frage eingesetzte Arbeitsausschuß hat nach sechs Sitzungen einstimmig beschlossen, die weiteren Beratungen aussetzen, um zunächst abzuwarten, welche Stellung der jetzt mit seinen Beratungen beginnende Arbeitsausschuß für das Berufsausbildungsgesetz zur Frage der Einbeziehung oder Nicht-Einbeziehung des Handels einnehmen wird.

3. Der Entwurf eines Verzeichnisses der dem § 7 der Arbeitszeitverordnung zu unterstellenden Gewerbebranchen und Gruppen von Arbeitern.

Der zur Beratung dieses Entwurfs eingesetzte Arbeitsausschuß hat im Verlauf seiner weiteren Beratungen die Auswertung der Befragungsresultate in der metallverarbeitenden Industrie aufgenommen. Die Beratungen darüber dauern noch an.

Am 25. Oktober d. J. beginnt der Arbeitsausschuß mit den Untersuchungen in der chemischen Industrie. Zu diesem Zwecke sind bisher Befragungsreisen am 27. Oktober, 16. bis 19. November, 22. bis 23. November und 4. bis 9. Dezember 1927 vorgegeben.

4. Anträge auf Einbeziehung weiterer gewerblicher Krankheiten als Berufskrankheiten in die Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten.

Die Behandlung der Anträge ist dem Arbeitsausschuß für die Reform der sozialen Versicherungsregeln (Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten) übertragen. Dieser Arbeitsausschuß hat seinen schriftlichen Bericht zur Frage der Ausdehnung der Unfallversicherungspflicht gemäß der Verordnung vom 12. Mai 1925 auf Erkrankungen infolge Mangankontaminationen festgesetzt und dem Sozialpolitischen Ausschuss vorgelegt, der demnachst zu diesem Bericht Stellung nehmen dürfte.

Die Weiterberatung der Anträge auf Einbeziehung des Augenstars der Feuerarbeiter und der Lungenerkrankungen der Arbeiter in Thomaschlackenwerken hat der Arbeitsausschuß ausgeführt, bis das von der Reichsregierung erbetene und von dieser abgelagerte weitere Material ihm vorgelegt werden kann.

In den Sitzungen am 14. und 15. November d. J. beginnt der Arbeitsausschuß unter Hinzuziehung von Spezialfachverständigen mit der Beratung der Frage der Einbeziehung chronischer verregenerender gewerblicher Hautkrankheiten als Berufskrankheiten in die genannte Verordnung.

Die gegenwärtigen Arbeiten des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates.

Der Reichswirtschaftspolitische Ausschuss behandelt zurzeit folgende Vorlagen:

1. Von der Reichsregierung erbetene gutachtliche Stellungnahme zu den in dem Schlußbericht der Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbundes enthaltenen Ausführungen und Empfehlungen, insbesondere einschlägige Zusicherung zu der Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen noch nicht ermäßigte Zollsätze gesteuert werden könnten.

Diese Vorlage wurde vom Reichswirtschaftspolitischen Ausschuss am 7. Juli 1927 in einer gemeinschaftlichen Sitzung mit dem Sozialpolitischen und dem Finanzpolitischen Ausschuss behandelt. Nach einer allgemeinen Aussprache wurden zwei Arbeitsausschüsse gebildet, von denen der eine die allgemeinen Fragen und der andere die Zolltariffragen vorzubereiten soll. Die umfangreiche Reichswirtschaftsratssitzung am 13. Oktober 1927 ist dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat zugewandten. Der Arbeitsausschuß für die allgemeinen Fragen hat in seiner Sitzung am 8. Juli 1927 zur Vorbereitung der einzelnen Fragen vier Gruppen gebildet, und zwar je eine für Handel, Industrie, Landwirtschaft und die allgemeinen Fragen. Diese Gruppen haben, abgesehen von der für Landwirtschaft, bereits Sitzungen abgehalten und ihre Berichte vorbereitet. Der Arbeitsausschuß für die Zolltariffragen hat in seiner Sitzung am 21. Juli 1927 für die einzelnen Abschnitte des Zolltarifs Berichterstatter-

Aus dem Offgau.

Der Offgau stellt ein besonderes Gebilde dar. Mit Ausnahme Groß-Perlins, das ja einen selbständigen Bezirk bildet, hat die Landwirtschafft einen sehr bedeutenden Einfluss. Schäferei, Bommern und Hirsenbau sind die Heimatsgebiete der „Offgauer“, einer besonderen Spezies von Reaktionsisten, die mit ihrer ganzen politischen und wirtschaftlichen Einstellung auf das gesamte sich abspielende Leben einen großen Einfluss ausüben.

Eine Würdigung der Lage unserer Kollegen in diesem Gebiet kann nur erfolgen im Zusammenhang mit den Gesamtvorgängen auf wirtschaftlichem und staatspolitischem Gebiet. Große Teile des Offgaues sind Grenzland geworden. Alle Wirtschaftsbeziehungen sind zerfallen. Die Wiederherstellung dieser Beziehungen ist in der Nachkriegszeit auch gehindert durch die politische Atmosphäre zwischen unseren östlichen Nachbarstaaten und der deutschen Republik.

Trotz dieser Abgeschlossenheit vieler Verwaltungsstellen des Offgaues ist doch im allgemeinen der Geist ein sehr guter. Hat doch gerade diese Lage zur größeren Selbstständigkeit im Handeln geführt. Die Verammlungen gaben so recht ein Bild des Geistes, wie er in den einzelnen Verwaltungsstellen herrscht.

In Straßburg waren zwei Drittel aller Kollegen am Ort erschienen. Außer drei Kollegen ist alles organisiert. In den Vortag schloß sich eine lebhafte Debatte an. Sehr scharf wurde das Verhalten einiger Arbeitgeber gerügt, die, um sich von den tariflichen Ferien zu drücken, den Versuch machten, ihre Gehälter für einige Zeit zu entlassen, um damit die Beschäftigungsdauer zu unterbrechen. Es wird beschloffen, gegen diesen Mißbrauch energische Schritte zu unternehmen.

In Stettin waren etwa 60 Kollegen anwesend. Auch hier wurde das Gehörte lebhaft besprochen. Besonders die Frage der Gewinnung der Jugend und der inneren Stärkung der Organisation wurde gemüßigt. Mehrere junge Kollegen ließen sich aufnehmen. Mit der Aufforderung, im Sinne des Referats zu wirken, und mit einem dreifachen Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende die Versammlung.

In Stolp sind die Kollegen fast reiflos organisiert. Der Geist unter den Kollegen ist ein sehr guter. Leider haben sich einige Kollegen veranlaßt gesehen, aus persönlichen Differenzen heraus dem Verband den Rücken zu kehren und zum Holzarbeiterverband überzutreten. Die Versammlung fand am Sonntagvormittag statt, und es war wohl darauf zurückzuführen, daß nur die Hälfte der Kollegen anwesend war. Auch hier wurden mehrere Aufnahmen gemacht.

Nach viermaliger Paßkontrolle und Revidierung des Gepäcks landete Unterzeichneter in Danzig. Hier steht uns unmittelbar vor der Wahl zum „Polenstag“ und man mußte ein sehr lebhaftes Interesse an allen Arbeiterfragen erwarren. Leider waren nur 30 Kollegen in der Versammlung erschienen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse lassen sehr viel zu wünschen übrig und wurde auch von den erschienenen, meist älteren Kollegen erkannt, daß es höchste Zeit sei, das Verhafte nachzuholen.

In Landsberg sprach Unterzeichneter vor etwa 70 Kollegen. Auch hier sind es fast immer wieder dieselben, die Interesse und Arbeitsfreudigkeit für die Organisation aufbringen. In der Aussprache stellten sich die Kollegen einmütig auf den Standpunkt, daß es notwendig sei, wieder angestregter für den Verband und seine Ziele zu arbeiten. Im Schlußwort konnte der Referent noch das Gehörte unterstreichen und besonders auf die hohe Aufgabe, den Nachwuchs aufzuklären, hinweisen. Sind doch nach Mitteilung der Kollegen über 200 Lehrlinge vorhanden.

An Elbst, unmittelbar an der Grenze des Remelgebietes, hat die Kollegenhaft an der Grenze der Remelgebietes, hat die Kollegenhaft an der großen Arbeitslosigkeit gelitten. Leider hat sich hier ein ganz unhaltbarer Zustand herausgebildet. Einige ältere Kollegen, die in städtischen Betrieben arbeiten, haben für sich die Befähigung zum Lehrlingsausstellen erworben. Sie stellen dieselben in den Diensten ihrer Arbeitgeber. So konnten viele Kollegen festgesetzt werden, die in ihren Betrieben neben noch weiteren drei Kollegen mit 12 Lehrlingen arbeiten. Diese vier Gehälter bekommen nur die dritthalben Stundenlöhne gezahlt, schimpfen sich aber Meister und sind angeblich im Wertmittlerverband. Das Wertmittlerverbot hat man allerdings noch bei keinem gesehen. Diese Umstände muß auf das allerhöchste derart beurteilt werden. Die jungen Kollegen am Ort haben sich zusammengesetzt, um zu versuchen, trotzdem bessere Löhne zu erzielen, und wollen alles daran setzen, um die Verwaltungsstelle wieder hochzubringen.

In Kittenstein liegt die Organisation infolge der Mäpigkeit einiger besonders radikaler Kollegen sehr darnieder. Diese Kollegen sind abergerist und haben den Kollegen, die am Ort immer die Arbeit verrichten haben, einen Trümmerhaufen überlassen. Es wird schwerer Arbeit bedürfen, um die Verwaltungsstelle wieder aktionsfähig zu machen. Die anwesenden älteren Kollegen wollen alles daran setzen, um auch im Ermisland neues Leben entstehen zu lassen.

Einen glänzenden Verlauf nahm die Versammlung in Guttstadt. Die Kolleginnen und Kollegen waren fast reiflos erschienen. Auch wurden eine Anzahl Aufnahmen gemacht. Besonders die übrigen Orte der Lederwarenindustrie in Ostdeutschland können sich ein Beispiel nehmen an dem Zusammenhalt besonders der Kolleginnen in diesem Ort. Auch hier schloß die Versammlung mit dem Gebührenden, die noch Fernstehenden aufzuklären und für den Verband zu gewinnen.

In Elbing hatten die Kollegen einen Tarifentwurf eingereicht und Verbesserungen gefordert. Die Tapezierer-Vereinigung hat die Forderung reiflos abgelehnt. In der Versammlung konnte der Referent darauf verweisen, daß die Kollegenhaft an dieser Antwort nicht ganz schuldig ist. Die Arbeitgeber sind nicht im Einklang über den Geist und die Geschlossenheit der Gehelienhaft und das Wort, das ein Obermeister vor 23 Jahren gesprochen: „Erit bauen sie ihre Organisation aus und dann stellen sie Forderungen“, hat immer noch seine Berechtigung. Auch das Zahlen der katarischen Beiträge ist eine und nicht die unwichtigste Vorbedingung für die innere Stärkung einer Verwaltungsstelle. Dem wurde in der Debatte zugestimmt und soll alles getan werden, um das Verhafte nachzuholen. Gegen die Arbeitgeber werden weitere Schritte unternommen werden. Anschließend an die Versammlung fand ein gegenseitiges Zusammenkommen statt, das höfentlich dazu beigetragen hat, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Kollegen zu stärken. Am Vorabend der Tagung bildete am Sonntag, dem 23. Oktober, vormittags eine Versammlung in S e h n i d e m h i. Die organisierten Kollegen waren reiflos erschienen. In der Debatte wurden besonders die traurigen Verhältnisse in den Betrieben geschilert. Am Ort beschäftigt sind 14 Tapezierer und 3 Sattler. Auf dieselben entfallen 24 Tapezierer- und 9 Sattlerlehrlinge. Es lernen also im Jahr durchschnittlich über 6 Lehrlinge aus. Willen die Arbeitgeber einmal einer Gehelien einstellen, so beziehen sie denselben mit Vorliebe von auswärts, da nach verschiednen Ausprüchen hiesiger Meister die Gehelien, die am Ort gelernt haben, doch nichts leisten können. Kommentar überflüssig.

Die Durchführung der Geseze

ist ebenso wichtig wie ihr Inhalt.

Vom Ausfall der Wahlen zu den Ausschüssen der Krankenkassen hängt die Durchführung aller Arbeiterversicherungs-gesetze ab.

Jeder Versicherte gehe zur Wahl!

In allen oben genannten Verwaltungsstellen wurden Kassenevidenzen vorgenommen. Die Kassen waren in bester Ordnung; nur können sich einige Kassierer immer noch nicht recht daran gewöhnen, über alle Ausgaben Quittungen zu verlangen. Auch die Führung der Kassenheft ist in einigen Orten zu wünschen übrig. Doch wurde überall Abstellung der kleinen Mißstände zugelangt.

In Drossen, Frankfurt a. d. O., Grünberg i. Schl., Landsberg a. d. W. und in Müllrose hatte der Verbandsvorsitzende Kollege Blum die Referate übernommen. Im einzelnen ist darüber folgendes zu berichten:

In Müllrose fand die Versammlung am Dienstag, dem 11. Oktober, statt. In diesem märktlichen Städtchen, unmittelbar bei Frankfurt, ist ein Lederwarenort. Die Firma S i e s u n e r beschäftigt gegenwärtig wohl 60 Personen, davon die Mehrzahl Arbeiterinnen. In den Zeiten der Hochkonjunktur steigt die Belegschaft auf über 90 Personen. In der Versammlung erschienen jenseit nur junge Leute beiderlei Geschlechts und diese auch nur in sehr mäßiger Anzahl. Nach der Lage der Ortverhältnisse hielt sich der Referent eng an die Berufsverhältnisse der Lederwarenindustrie, in den Auslagen ausmündend: „Die Tarife in der Lederwarenindustrie werden in der Folge so aussehen wie der Verband aussieht.“ Man konnte den Eindruck gewinnen, daß es nur der Mitarbeit der dort beschäftigten Kollegen bedarf, um den Betrieb reiflos zu organisieren. Vor allen Dingen ist es aber auch erforderlich, daß der bestehende Vertrag voll durchgeführt wird. Wie hoffen, daß unsere ersten Mahnungen von Erfolg begleitet sind.

In Drossen, ebenfalls ein märktliches Vorstädtchen, liegen die Dinge sehr ähnlich wie in Müllrose. Hier ist gleichfalls ein Lederwarenort, der früher jahrzehntelang in Berlin domizilierte. Hier hat die Firma Berg in zwei getrennten Abteilungen Kleinbären, wie Hundebarkel, Kürschner, Krennappen, Schuhartikel u. a. m., her. Im oberen Betrieb werden Portefeullewaren angefertigt. Während der Sattlerbetrieb einigermaßen organisiert ist, läßt dagegen der Portefeullebetrieb, wo vornehmlich Frauen beschäftigt werden, alles zu wünschen übrig. Kein Wunder, daß die Versammlung ein ähnliches Bild aufwies. Nach dem Referat setzte noch einigem Jögern ein recht lebhafte Debatte ein, die sich vornehmlich mit einigen Vorschlägen im Betrieb beschäftigte. Bei einer etwas kräftigeren Organisation und besseren Handhabung der Verbandsgeschäfte durch die örtliche Leitung, könnte hier eine vorbildliche Verwaltungsstelle bestehen. In jungen, intelligenten Kollegen fehlt es nicht. Bei rücksichtloser Durchführung des Tarifvertrages ist sicher die Zeit zu gewinnen, die auf der anderen Seite die Erledigung der Verbandsgeschäfte erfordert.

Grünberg i. Schl. ist eine kleine, aber gut geleitete Ortsgruppe. Mit Ausnahme der Kollegen, die in Nachsicht arbeiteten, war wohl alles erschienen. Hier

konnte man über andere gewerkschaftliche Probleme der Gegenwart sprechen und fand eine anregende und reiche Aussprache nach dem Referat statt. In den anderen Punkten der Tagesordnung zeigte es sich, daß sich die Mitglieder auch auf den übrigen Gebieten der Arbeiterbewegung recht fleißig betätigen. Die Ortsgruppe ist in guten Händen.

In Frankfurt a. d. O. waren die Betriebe reiflos vertreten, mit Ausnahme der Sportartikelbetriebe von Wintler. Die dort beschäftigten Sattler nehmen wohl die Vorteile der Organisation für sich in Anspruch im Hinblick auf guten Lohn- und Arbeitsbedingungen, jedoch wird kein Finger für den Verband trumm gemacht. Auch hier überwiegt das weltliche Element und muß es Sache der Ortsverwaltung sein, durch geeignete Maßnahmen den verlorengegangenen Einfluß wieder zu gewinnen. Das Referat: „Die Bedeutung unserer Gewerkschaften in der Gegenwart“ fand eine gute Aufnahme und nachfolgende eingehende Debatte. Anschließend wurden drei Lehrlinge und drei Gehelien als Mitglieder aufgenommen.

In Landsberg a. d. W. feierte man am Sonntabend, dem 15. Oktober, das zwanzigjährige Bestehen der Ortsverwaltung. Hier galt es in wenigen marianischen Worten die kulturelle Bedeutung der Organisation herauszuheben; denn das reichlich erscheinene Jungvolk drängte zum Schwingen des Tanzweins. In Landsberg ist ein guter Zusammenhalt unter den Kollegen, der aber auch sehr selten, sollen die Lohn- und Arbeitsbedingungen im ärztlichen Rahmen zu freierhalten werden. Jeder tatsächliche Fortschritt kann, für dem durchgeführt werden, wenn der beste Mann mit seiner Person auch dafür eintritt. Es darf die Hoffnung ausgesprochen werden, daß unsere Landsberger nicht nur verstehen werde zu feiern, sondern auch ihre Interessen zu wahren wissen. Bruno Engel.

Werbung in Schlesien.

Die Werbung für unseren Verband hatte in den größten Verwaltungsstellen Schlesiens, so in Biegnitz, Breslau und Görlitz volle Verammlungen gebracht und reges Interesse der Beteiligten erregt. Kollege Gerhart Berlin sprach über das Thema: „Wirtschaft und Gewerkschaft“. In allen Verammlungen war das jugendliche Element stark vertreten.

Zur Verammlungen in Biegnitz waren Kollegen aus dem 20 Kilometer entfernten Goldberg erschienen. Das Referat wurde fleißig aufgenommen. In der Distriktsprache sprach ein Kollege. Resolutionsentwürfe wurden gemacht. Die Leitung der Verwaltungsstelle liegt in guten Händen und bürgt dafür, daß das Verbandsinteresse nicht erlirmt.

In Breslau wurde die öffentliche Werbeversammlung schon dadurch imponant, als der seit Jahren bestehende Gewerkschaften unserer Kollegen, „Detaracia“, zum Vortrag und zum Schluß ein Arbeiterlied zum besten gab. Nach dem Vortrag wurde in der Distriktsprache das Verammlungen im dortigen Wagganbau und zu dem aus dem Bereich der Umstellung sich ergebenden Streit- und Lohnverhältnissen Stellung genommen. Weitere Distriktsprecher gaben ihre Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen möge, die Organisation in Breslau wieder zu einem geschlossenen Ganzen zu bringen, und Kollege Amptemich forderte alle anwesenden Nichtorganisierten auf, sich dem Verband anzuschließen.

In der darauf erfolgten Mitgliederversammlung der Vorhänge das Referat der am Vormittag stattgefundenen Wohnverordnungen vor dem Schlichtungsausschuß der Kollege Gerhart Berlin, für die Tapeziererbetriebe bekannt. Der Schlichterspruch, der die Löhne um 5 Prozent erhöhte, wurde von beiden Parteien angenommen, so daß ab laufender Lohnwoche (17. 10.) das neue Lohnabkommen in Kraft tritt. Der Schlichterspruch nahm gleichzeitig den Bezug, den Parteien den Abschluß eines Mantelvertrages empfohlen. Für die Lederwarenindustrie lag nach der Stellung des zuständigen Schlichters die Ablehnung des Schlichterspruchs von seiten der Arbeitgeber vor, die jedoch im Laufe der Woche dahin berichtigt wurde, daß auch Arbeitgeber nunmehr den Schlichterspruch anerkennen. Die Bekanntmachung desselben und die Lohnhöhe fanden bereits in Nr. 43 unserer Zeitung.

In Görlitz geschah der Vorsitzende Kollege Blum bei Eröffnung der Versammlung unseres früheren Redaktionskollegen Weder und hob neben seiner erfolgreichen Redaktionsfähigkeit auch den Werth des Werkes hervor, dem Kollegen Walter gegebene Abrechnung vom 2. Dezember wurde gutgeheißen und die erfreuliche Zunahme des Vermögens konstatiert. Das Referat wurde auf Wunsch des Vorsitzenden ohne Diskussion entgegengenommen und die Werbung neuer Mitglieder hat bereits gute Erfolge erzielt. So sind die Tapezierer bis auf einen Mann organisiert. Auch in der Lederwarenindustrie sind die Erfolge gut, aber noch nicht abgeschlossen, und erhielt die Agitation durch die Werbeversammlung erneuten Aufschwung.

In allen drei Orten war die Tatsache zu verzeichnen, daß das Vertrauen zu unserer Organisation im allgemeinen Wachsen begriffen ist, und daß es durch Aufnahme neuer Mitglieder vorwärts geht.

Die Gausleitung. J. U.: Bruno Engel.

Grundsteinlegung für das Deutsche Hygiene-Museum in Dresden.

Am Sonntag, dem 8. Oktober, erfolgte die Grundsteinlegung zum Deutschen Hygiene-Museum in Dresden. Der Einladung waren über 300 Personen aus den Reichs- und Landesregierungen, aus wissenschaftlichen Kreisen und sonstigen interessierten Vereinigungen gefolgt. Auch viele Reihe von Gewerkschaftsvertretern nahmen daran teil. Die Festrede hielt Geheimrat Regierungsrat Dr. v. Wedell, Präsident des Reichsgesundheitsamts. Im wesentlichen sprach er über die Aufgabe und Bedeutung des Deutschen Hygiene-Museums der Vorsitzende des Museums, Oberbürgermeister Dr. Müller (Dresden), der Reichsminister für den öffentlichen Gesundheitswesen, Dr. v. Wedell, für den Staatsrat sprach Dr. Bruns für die städtische Regierung der Innenminister, Dr. Bruns, von anderen Institutionen überbrachten Dr. v. Wedell (München), Leiter des Deutschen Museums, der bei

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende September 1927.

Der Arbeitsmarkt zeigt im 3. Quartal einen namhaften Rückgang der Arbeitslosen. Betrug die Zahl der Haupt-

unterstützungsempfänger Ende Juni d. J. noch 541 000, so ging diese Zahl bis Ende September auf 286 000 zurück. Im Monat September betrug der Gesamtumfang der Hauptunterstützungsempfänger rund 49 000 gleich 12,1 Proz. Auch unser Verband hat eine kleine Besserung aufzuweisen. Eine Ausnahme hiervon macht die Fahrzeugindustrie, wo

die Arbeitslosigkeit von 8,8 Proz. Ende Juni auf 9,2 Proz. Ende September gestiegen ist. Die Mitgliederzahl hat sich etwas gebessert und hat sich um annähernd 300 erhöht, ein nicht gerade erhebendes Moment. Hoffentlich bringt die Herbstwerbung einen weiteren Fortschritt.

Mitgliederbestand Ende September 1927.

Table with 14 columns: Gau, Lederverwaren-arbeiter, Tapezierer, Fahrzeugbranche, Treibriemer, Sonstige Branchen, Zusammen, Ins-gesamt, Auf das Hundert. Rows include Ostgau, Nordgau, Mitteldeutscher Gau, Gau Sachsen, Gau Bayern, Südwesfgau, Gau Rheinland-Westfalen, and Zusammen.

Davon waren Ende September 1927 arbeitslos:

Table showing unemployed members by Gau and profession, including columns for Lederverwaren-arbeiter, Tapezierer, Fahrzeugbranche, Treibriemer, Sonstige Branchen, Zusammen, Ins-gesamt, Auf das Hundert.

Kurzarbeiter waren Ende September 1927 vorhanden:

Table showing part-time workers by Gau and profession, including columns for Lederverwaren-arbeiter, Tapezierer, Fahrzeugbranche, Treibriemer, Sonstige Branchen, Zusammen, Ins-gesamt, Auf das Hundert.

Es arbeiten verkürzt: männl. weibl. auf. 1 bis 8 Stunden, 9 bis 16 Stunden, 17 bis 24 Stunden, 25 u. mehr Stunden. Lage des Arbeitsmarktes in Offenbach a. M. Es waren Stellenjuchende vorhanden: 2.9. 9.9. 16.9. 23.9. 30.9.

Table showing percentage of unemployed members by profession: Lederverwaren-arbeiter, Tapezierer, Fahrzeugbranche, Treibriemer, Sonstige Branchen.

Zählt man die auf Vollarbeiter umgerechneten Kurzarbeiter zu den eigentlichen Vollarbeitern hinzu, so beträgt Ende September 1927 der Prozentsatz der Vollbeschäftigten 85,8 gegen 82,1 Ende Juni d. J. Der Prozentsatz betrug in der Lederverwarenindustrie 81,5 gegen 77,9; bei den Tapezierern 90,4 gegen 86,8; in der Fahrzeugbranche 88,9 gegen 88,8; bei den Treibriemern 94,7 gegen 87,2 und in den sonstigen Branchen 80,8 gegen 76,1 Ende Juni 1927. Bruno Engel.

Dr. Ingner hat in seiner Arbeit die internationale Hygieneausstellung in Dresden ins Wert gesetzt, die einen beispiellosen Erfolg auf einem unbekanntem Gebiete erreichte. Nach der Ausstellung bemühte sich Dr. Ingner, die Ausstellungsgegenstände, vor allem „Der Mensch“, der auf seiner Reise durch Deutschland und das Ausland viel auf sich genommen ist und zur Belehrung geeignet hat, zu einem Museum zu machen. Sein Vorhaben ist durch die Unterstützung des Reichsministeriums v. Reubell. Seine Ausführungen wurden von den Anwesenden mit gemischten Gefühlen entgegengenommen, da doch hinlänglich bekannt war, vom Deutschen Reich die notwendigen Mittel zum Bau des Deutschen Hygiene-Museums zu erhalten. Dem Deutschen Hygiene-Museum fehlte bisher die notwendige gewerbehygienische Abteilung. Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene hat in enger Mitarbeit die Grundlagen zu einer solchen Abteilung schaffen helfen.

den August einer Vergabung von Geldern der Angestellten und der Wirtschaft wendet. Denn eine Vergabung von Geldern der Angestellten bedeutet die Finanzpolitik der RFL. Eine soziale Versicherung muß von sozialen Gesichtspunkten aus handeln und sie darf nie und nimmer wie ein privatkapitalistischer Betrieb geleitet werden. Der soziale Sinn der Angestelltenversicherung muß weitgehend bei allen Leistungen und Kapitalanlagen bleiben. Es geht nicht an, daß die RFL. ein Kapital von über eine halbe Milliarde anhäuft, sich aber weigert, für eine Verbesserung der Gegenleistungen, also der Ruhegehälter und Hinterbliebenenrenten, einzutreten und eine soziale Auffassung in der Genehmigung und Durchführung der Heilverfahrens-anträge einzuführen. Sind doch im Jahre 1926 allein 20 191 Anträge = 88,2 Proz. abgelehnt worden. Die Durchführung des Heilverfahrens entspricht in keiner Weise den berechtigten Ansprüchen der Versicherten. Die Durchschnittsrente für die arbeitsunfähigen Angestellten beträgt 54 RM.

Was der Afl-Bund erreichen will, ergibt sich aus seinem Wahlprogramm, aus dem wir das Wesentliche hier anführen:

- 1. Ausdehnung der Angestelltenversicherung auf die Angestellten aller Berufe.
2. Erhöhung der Renten ohne Beitragserhöhung.
3. Herabsetzung der Wartezeit für den Rentenbezug von 10 auf 5 Jahre.
4. Herabsetzung der Altersgrenze vom 65. auf das 60. Lebensjahr.
5. Volle Anrechnung der beitragsfreien Zeiten bei Stellenlosigkeit.
6. Verhinderung willkürlicher Ablehnung von Heilverfahren durch gesetzlich gesicherten Rechtsanspruch.
7. Schutz der Versicherten gegen unsoziale Anlässe ihrer Beitragsgelder.
8. Billige Darlehen an die Angestellten, insbesondere zum Wohnungsbau.
9. Schaffung eines ehrenamtlichen Vorstandes, zwei Drittel Versicherte, ein Drittel Arbeitgeber.
10. Reform des Vertrauensmännerwesens, keine Arbeitgeber als Vertrauensmänner.
11. Abschaffung des indirekten Wahlsystems, Einführung von Urwahlen durch die Versicherten.

Die Angestellten werden bei den Wahlen der Vertrauensmänner im November zu entscheiden haben, ob sie in den Selbstverwaltungskörpern der RFL. Vertreter wählen wollen. Die für eine Besserung der Angestelltenversicherung eintreten, wie sie sich aus dem klaren Programm des Afl-Bundes ergibt, oder ob sie damit einverstanden sind, daß die RFL. eine unwirtschaftliche und sozialwidrige Einrichtung bleibt.

Aus der Sozialgesetzgebung.

Antrag auf Ueberführung Erwerbsloser in die Arbeitslosenversicherung. Arbeitslosen, die am 1. Oktober d. J. Erwerbslosenunterstützung entsprechend der Verordnung über Erwerbslosensicherung bezogen haben, wird die Arbeitslosenunterstützung weiter gewährt, und zwar

in der bisherigen Höhe. Auf Antrag aber ist dem Arbeitslosen nach Absatz 5 des § 240 des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung von einem Zeitpunkt an, den der Vorstand der Reichsanstalt bestimmt, spätestens aber vom 1. Dezember d. J. an, die Unterstützung nach den Vorschriften des dritten Abschnitts des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung zu gewähren, soweit keine Arbeitslosenunterstützung nach diesen Vorschriften höher ist als seine bisherige Unterstützung, die in Betracht kommende Arbeitslosenunterstützung nach diesen Vorschriften höher ist als seine bisherige Unterstützung, die in Betracht kommende Arbeitslosenunterstützung nach diesen Vorschriften höher ist als seine bisherige Unterstützung, die in Betracht kommende Arbeitslosenunterstützung nach diesen Vorschriften höher ist als seine bisherige Unterstützung.

Aus unseren Berufstreifen.

Ausstellung des Deutschen Lederverwarenmuseums in Offenbach am Main. Diese Ausstellung wurde am Sonnabend, dem 22. Oktober, durch den Oberbürgermeister der Stadt Offenbach, den Senatspräsidenten, in Gegenwart zahlreicher Vertreter der Behörden und eines geladenen Publikums aus Handel, Industrie, Arbeitnehmerschaft und Kunstbesitzern eröffnet. Der Oberbürgermeister fand nette Worte und sprach den Erzherrn für ihr unbekanntes Interesse den Dank des Senats des Museums aus. Professor Eberhardt zeigte im großen Umfange die Entlohnung und den Werdegang des Lederverwarenmuseums und er hofft, daß auch die Reichsbehörden die kulturelle Bedeutung dieser Institution anerkennen werden in Form materieller Unterstützung zum Erwerb weiterer wertvoller Kunstgegenstände. Die Ausstellung bleibt bis einschließlich 20. November geöffnet und umfaßt vornehmlich die Neuerwerbungen der letzten Jahre. Wir haben bereits in diesem Sommer einen kleinen Bericht über diese wertvolle Sammlung gebracht und ist jedem Berufscollegen, der Gelegenheit hat in die Nähe von Offenbach zu kommen, zu empfehlen, diese Ausstellung zu besuchen. Der Eröffnung der Ausstellung ging eine Sitzung des Senats voraus, dem auch unser Kollege Blum durch Ernennung der heftigen Regierung angehört. Professor Eberhardt gab den Geschäftsbericht und behandelte vornehmlich die finanzielle Zukunft des Museums. Im Interesse der weiteren Fortsetzung der Sammlungen wäre es zu wünschen, daß namentlich die zuständigen Landes- und Reichsbehörden dem Museum ihre Aufmerksamkeit widmen würden. Weiblicher Tapezierergeselle. In der letzten Nummer unseres Blattes brachten wir die Mitteilung über eine abgelegte Prüfung einer Frau als Sattlermeister. Dieses kann man noch gelten lassen, da es sich sehr wahrscheinlich

um eine Witwe handeln wird. Nun meldet das Verbandsorgan des Bundes Deutscher Sattlermeister wiederum einen Fall aus Schiefen, wonach ein Fräulein Anna Hillmann in Waldenburg nach dreijähriger Ehezeit die Gekleinerprüfung als Tapezierergelübde bestanden hat. Ob der weibliche Organismus besonders geeignet ist für die Ausübung des Tapeziererberufes, wollen wir hier nicht näher untersuchen; jedenfalls dürfte ein großes Fragezeichen über das weibliche Geschlecht zu einem Beruf, in dem der Gehirnsüberfluß geradezu chronisch geworden ist. Wissen die Handwerksbehörden denn gar nichts von der Dauerarbeitslosigkeit in diesem Berufe? Die Herren Spinbler, Berlin und sonstige verantwortliche Größen des Tapeziererbundes dürften alle Verantwortung haben, nach dem Rechten zu sehen.

Korrespondenzen.

Hildesheim. In der Werkserversammlung hielt Bezirksleiter August Sobns, Hannover, ein Referat über „Gewerkschaft und Organisation“. Redner verstand es, die Entwicklung der Gewerkschaften zu erläutern. Die Mitglieder dankten dem Redner für seine Ausführungen. Amwesend 26 Kollegen. **W. H. Detteling.**

Magdeburg. In der Agitationsversammlung vom 22. Oktober referierte Gauleiter Kollege Schneider-Dülk über das Thema: „Der Deutsche Sattler-, Tapezierer- und Portefeulierverband in der heutigen Wirtschaft“. Er schätzte die schwierigen Anfänge der Gewerkschaften bis zu ihrer heutigen Aufstellung. Eine rasche Diskussion schloß sich an. Bemerkenswert waren die Ausführungen des Kollegen Stein. Durch die vielen Vereine, die auch den Interessen der Arbeiterklasse dienen, als da sind die Parteien, Mietervereine, Sportvereine, die freigeistlichen Verbände usw. werden viele Kollegen verunsichert. Nach des Tages Arbeit gehen sie lieber zu einer Sportveranstaltung als wie zu einer Versammlung. Kollege Bauer christe die Kollegen Sieber, Probst und Robert Schmidt, die auf eine 25-jährige Mitgliedschaft im Verband zurückblicken können. Der Jugendführer fordert von den älteren Kollegen in den Vereinen bei den Lehrlingen mehr zu agitierten, indem sie einen moralischen Druck auf dieselben ausüben durch ein vorbildliches Verhalten. Nicht selten, bis wir unser nächstes Ziel, die 45tägige Arbeitswoche und ein freies Wochenende erlangt haben.

H. Helmede.

Rundschau.

Bergarbeiterstreik in Mitteldeutschland beendet. Eine volle Woche haben rund 70.000 Bergarbeiter in Mitteldeutschland im Streik gestanden. Trotz der Eröffnung der Streikenden über das Verhalten der Arbeitgeber, die im Vertrauen auf gelbe Leiharbeiter auch die besten Lohnverhältnisse vernichten wollten und es auf den Kampf ankommen ließen, hat sich in dem ganzen ausgebreiteten Gebiet während dieser Zeit kein nennenswerter Zwischenfall ereignet.

Der zur Beilegung der Lohnstreitigkeiten am 21. Oktober gefällte Schiedsspruch ist vom Arbeitgeberverband abgelehnt und von den Arbeitnehmerverbänden angenommen worden. Die Arbeitnehmer haben die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs beantragt. Dem Antrag ist vom Reichsarbeitsministerium entsprochen worden. Die Erhöhung der Löhne um 11,6 Proz. bedeutet einen Erfolg der Gewerkschaften, wenn sie auch in Anbetracht des dann niedrigeren Standes der mitteldeutschen Braunkohlenernte keine volle Befriedigung auslösen kann.

Weitere Codierung der Wohnungszwangswirtschaft. Der preussische Volkswohlfahrtsminister erläßt eine dritte Verordnung über die Codierung der Wohnungszwangswirtschaft. Darin wird bestimmt, daß in Gemeinden ohne Wohnungsmangel die Vorschriften des Wohnungsmangelgesetzes nicht den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen keine Anwendung mehr finden. Beobachtet werden auch in Gemeinden ohne Wohnungsmangel die §§ 2, 8 und 17 des Wohnungsmangelgesetzes, die das Verbot des Abbruchs von Häusern, den Wohnungsaufsatz und die Strafbestimmungen betreffen, auch weiterhin Anwendung. Die Aufschlagsbehörden können auf Antrag oder nach Anhörung der zuständigen Gemeindebehörde anordnen, daß in einzelnen Gemeinden, die als solche ohne Wohnungsmangel zu gelten hätten, die Vorschriften des Wohnungsmangelgesetzes nicht den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen Anwendung finden. Mit der Anordnung treten die auf Grund des Wohnungsmangelgesetzes für die betreffende Gemeinde erlassenen Vorschriften wieder in Kraft.

Das Reichsarbeitsgericht tagt. (Die erste Sitzung.) Das Reichsarbeitsgericht in Leipzig trat zu seiner ersten öffentlichen Sitzung zusammen. Ständiger Vorsitzender ist Senatspräsident Degg. Als Stellvertreter fungieren neben zwei Reichsgerichtsräten zwei Patentrichter als Vertreter der Arbeiter und Unternehmer: Körper vom ADGB und Dr. Fromm für die Unternehmer.

Vor Beginn der letzten Verhandlung hielt Senatspräsident Degg eine längere Ansprache, in der er darauf hinwies, daß das Gesetz durch Hinzuziehung von Beisitzern aus den Reihen der Unternehmer und Arbeiter auch in der Revisionsinstanz der besonderen Bedeutung Rechnung trägt, die das Arbeitsleben für die gesamte Wirtschaft hat; außerdem sei es von dem Wunsch befehle, dem Reichsarbeitsgericht die unmittelbare Fühlung mit dem Leben und seinen Bedürfnissen zu erhalten.

Bücherschau.

Der alte Steinmetzen Recht und Gewohnheiten. Im Verlag des Zentralverbandes der Steinmetzen erschien neben ein hübsches Werk aus der Bearbeitung von Rudolf

Wißell. Wie der Verfasser im Vorwort sagt, bezieht er sich in jahrzehntelanger Arbeit damit, alles erreichbare Material zu sammeln, was über die alten Gebräuche der Handwerkerzünfte und der Gesellen Auskunft geben kann. Was er jetzt dieser Arbeit erschein die Schilferung der alten Steinmetzengebräuche. Die Steinmetzenordnungen stellen nach Wißell die Verfassung der alten Steinmetzen dar, die sich über ganz Deutschland erstreckten und die Verhältnisse regelten. Im Mittelalter hatten die Steinmetzen die beste Organisation gegenüber den übrigen Gewerken. Vom Arbeitsrecht der Gesellen und Meister, von den Gebräuchen beim Ausbilden der Lehrlinge, bei ihrem Aussprechen, beim Gesellenmachen, beim Aussprechen um Arbeit, beim Meister, beim Abchied, beim Aufwandern auf die Herbergen, bei den Gesellenzusammenkünften, beim Meisterwerden usw. von den Geheimnissen des Steinmetzberufes und von vielen anderen sehr alten Zunftgebräuchen und -sitten erzählt uns das Buch. Es ist ein sehr dankenswerter Beitrag der Kulturgeschichte des alten Zunftwesens, das uns Genosse Wißell in dieser fleißigen und sachkundigen Arbeit bietet. Der Zentralverband der Steinmetzen Deutschlands hat sich mit der Herausgabe dieses Buches ein Verdienst erworben. Wir können es allen unseren Lesern, die sich für die Geschichte des Handwerks und der Zünfte wie überhaupt für Kulturgeschichte der Arbeit interessieren, auf das wärmste empfehlen.

Die Sondernummer „Zum 8. November“ des „Wahren Jakob“ wird jedem Arbeiter eine Freude sein. Freude und freudig im Ton, geschmackvoll in der Technik, ausklingend in ein hohes Refrainis zu Schwarzrotgold, stellt sie eine Festschrift im besten Sinne des Wortes dar. Aus den vielen guten Beiträgen seien besonders hervorgehoben die „Kurze Geschichte der deutschen Revolution“, das lamose Blatt „Unser Adel“ von Wilhelm Kraus, die überaus lustige Novelle „Seine Majestät, eine königlich bayerische Geschichte“ von Ernst Jägerstätter und die Unterhaltungsbeilage mit ihren feisenden Revolutionserinnerungen. Für den billigen Preis von 20 Pf. ist hier etwas wirklich Gutes geliefert worden.

Ueberstundenbezahlung in der Ledertreibriemen-Industrie.

Berlin, den 26. Oktober 1927.

In der Streitfrage zwischen dem Arbeitgeberverband der Deutschen Ledertreibriemenindustrie, Sig Berlin, und dem Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeulierverband, und dem Christlichen Lederarbeiterverband über die Höhe des für die Mehrarbeit festzusetzenden Lohnzuschlags habe ich als vom Reichsarbeitsminister gemäß § 4a der Verordnung über die Arbeitszeit vom 14. April 1927 zur Herbeiführung einer bindenden Regelung im Sinne dieser Verordnung für diesen Streitfall beauftragter Schlichter folgenden Bescheid erteilt:

Auch für die erste Ueberstunde am Tage gemäß § 4 Abs. 8 des Reichsarbeitsgesetzes für die Ledertreibriemenindustrie vom 1. Oktober 1924, ist mit Wirkung von dem heutigen Tage für die Dauer des Reichsarbeitsgesetzes ein Zuschlag von 25 v. H. zu zahlen.

Der Schlichter: Kunze.

Nachdem diese Entscheidung getroffen ist, wird der Neubau des Reichsarbeitsgesetzes sofort vorgenommen und demnächst herausgegeben.

Verbindlichkeitsklärung.

Abtschritt.
Der Reichsarbeitsminister.
III A 3688/263 Tor.

Berlin NW. 40, den 21. Oktober 1927.
Scharnhorststraße 55.

Entscheidung.

Die nachstehende tarifliche Vereinbarung wird für den angegebenen Geltungsbereich gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 in der Fassung des Gesetzes vom 23. Januar 1923 (Reichsgesetzblatt Seite 67) für allgemein verbindlich erklärt:

1. Vertragspartei:
 - a) auf Arbeitgeberseite: Verband Deutscher Lederwaren-Industrieller z. B., Sig Offenbach a. M.
 - b) auf Arbeitnehmerseite: Deutscher Sattler-, Tapezierer- und Portefeulier-Verband, Mitteldeutscher Gau-Erfurt.
2. Abgeschlossen am 19. Juli 1927, Lohnabkommen, Nachtrag zum allgemein verbindlichen Schiedspruch (Tarifvertrag) vom 23. April 1926.
3. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerblüche Arbeitnehmer in der Lederwaren-, Koffer- und Sportartikelindustrie (mit Ausnahme der Bandindustrie).
4. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Freistaat Thüringen, Regierungsbezirk Erfurt und der östlich der Bahnlinie Warburg-Kassel-Hebra-Berungen-Bad-Kalnsenborn (einschl. dieser Orte) gelegene Teil des Regierungsbezirks Kassel.
5. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 1. Oktober 1927.

Im Auftrage: (Geg.) Meyer.
Bevollmächtigter:
Händler,

Ministerial-Kanzleisekretär im Reichsarbeitsministerium.

Ernst Jester, 70 Jahre alt.

Am 26. Oktober konnte unser lieber Kollege der Tapezierer Ernst Jester seinen 70. Geburtstag feiern.

Seit 26. August 1876 ist er Mitglied der Organisation, lange, unendlich lange Jahre war er Funktionär unseres Verbandes. In allen möglichen Ehrenämtern war er stets zuverlässig, wenn es galt für den Verband einzutreten.

Auch in der Krankenkasse der Tapezierer war Jester 40 Jahre Kassier der Hauptkasse.

Trotzdem fand er noch Zeit, in der Partei seinen Mann zu stellen. Während des Sozialistengesetzes aus Hamburg ausgewiesen, lehrte er später wieder zurück, um sofort regen Anteil am politischen Leben zu nehmen.

So ist Jester ein Muster treuester Pflichterfüllung im Dienste der Arbeiterbewegung, an dem so manch junger und auch älterer Kollege sich ein Beispiel nehmen kann.

Für das alles unsern besten Dank. Mögen ihm noch viele Jahre in Frische und Gesundheit beschieden sein.

Die Ortsverwaltung Hamburg.

Bekanntmachung!

Die für Sonntag, den 13. November 1927, angeordnete Wahl für den Ausschuss der unterzeichneten Innungsfrankenkasse findet nicht statt, weil nur ein gültiger Wahlvorschlag eingereicht wurde. Es sind deshalb folgende Herren Arbeitnehmer ordnungsgemäß als gewählt anzusehen:

- | | | |
|----------------------|-------------------|------------------|
| 1. B. Oßen, | 11. B. Eichen, | 21. F. Biermann, |
| 2. B. Derrmig, | 12. B. Hoffmann, | 22. D. Warholt, |
| 3. A. Hill, | 13. A. Leicher, | 23. E. Bergens, |
| 4. G. Strauß, | 14. M. Brandt, | 24. F. Helmig, |
| 5. F. Wiede, | 15. K. Köpfer, | 25. E. Fortz, |
| 6. W. Streht, | 16. K. Fiedler, | 26. B. Wittmann, |
| 7. W. Jent, | 17. A. Kellmann, | 27. F. Malchow, |
| 8. Ch. Dieblichlein, | 18. W. Hoff, | 28. D. Maurer, |
| 9. K. Kalm, | 19. C. Witte, | 29. H. Berg, |
| 10. G. Hansenstein, | 20. A. Wachowitz, | |

Für den Vorstand der Innungsfrankenkasse der Tapeziererinnung (Zwangsinnung) zu Berlin:
B. Wachen, Vorsitzender.

Zentral-Sterbekasse der Tapezierer und deren Familien Deutschlands.

Gemäß § 9 der Satzung beruft der Vorstand eine ordentliche

Mitgliederversammlung der Sterbekasse

ein zu Donnerstag, den 8. Dezember 1927, abends 7 Uhr. Dieselbe tagt in Hamburg, „Seimstätte“, Nagelsweg 10/11, 1. Etad.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes über die letzte Geschäftsperiode.
2. Beschlussfassung über Satzungsänderungen.
3. Beauftragung des Vorstandes und der Revisoren.
4. Sonstige Kassengeschäfte.

Vorträge der Mitglieder müssen laut § 9 Absatz 4 der Satzung bis spätestens zum 1. Dezember beim Vorstand gestellt sein, um eine Beschlussfassung darüber in der Mitgliederversammlung herbeizuführen. Wir erlöchen um zeitliche Stellungnahme in allen Zweigstellen unserer Sterbekasse.

Der Vorstand: J. U. E. Meyer.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

Vom 31. Oktober bis 6. November ist der 44. Wochenbeitrag fällig.

Berichterstattung über die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende Oktober 1927.

Die Ortsverwaltungen werden ersucht, die Meldungen für Oktober bis spätestens zum 5. November einzuführen. Eintrag ist Samstag, den 29. Oktober. Rein Der Berichterstattung vorzulegen.

Ungekehrter Kassierer.

Der für unsere Verwaltungsstelle Kassierungen tätige Kassierer Kurt Böglitz hatte von den eingezahlten Beiträgen 283,64 M. für sich verwendet. Auf erlassenen Anzeige sprach das Gericht eine Gefängnisstrafe von drei Wochen aus.

Stuttgart. Am Sonntag, dem 13. November, nachmittags 3 Uhr (Satzung 2 Uhr), findet im Saalbau Wulle, Redarstraße, unser 37. Stiftungsfest statt, verbunden mit Ertrag der 47 Jubilare unseres Verbandes, die eine mehr als 25jährige Mitgliedschaft aufweisen. Die Feler enthält musikalische, geistliche, turnerische und humoristische Darbietungen mit anschließendem Tanz. Ein reich angelegter Abendessen mit den verschiedensten Bezeugnissen unserer Bruderschaft kommt zur Besorgung. Programme je 50 Pf. sind bei den Vertrauensleuten zum Eingang zu erhalten. Um vollständiges Erscheinen ersuchen wir.

Die Ortsverwaltung.

Veranstaltungskalender.

Offen. Am Freitag, dem 11. November, findet im Restaurant zur Klause die Monatsversammlung statt. Beginn 8 Uhr. Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.